



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL  
Sitzung vom 10. Juli 2003

Gesch. Nr. 057/03

## **Geschäftsbericht 2002**

[...]

### **3. GESCHÄFT-NR. 057/03 Geschäftsbericht 2002**

#### **DISKUSSION IM RAT**

GPK-Präsidentin Ursula Stäger eröffnet die Eintretensdebatte:

Sie bedankt sich, dass der Bericht rechtzeitig bereit war und er bessere Statistiken, gute Tabellen und kurze verständliche Zusammenfassungen enthält. Der weitere Dank gilt dem Stadtrat für seine Geduld und das Verständnis für die Fragen der GPK. Die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen funktioniert sehr gut. Zu denken gibt ihr, obwohl es Sache des Stadtrates ist, das Personalwesen. Die Situation darf nicht aus dem Ruder laufen. Die Verwaltung arbeitet sehr effizient. Weiter bemerkt sie, dass die Agenda 21 aus dem Bericht gestrichen wurde. Sie fordert den Stadtrat auf, für diejenigen Institutionen, welche die Stadt namhaft unterstützt (wie Spitex, Bibliothek, Agenda 21) einen kurzen Bericht zu verfassen. Die GPK beantragt, den Geschäftsbericht zu genehmigen.

Peter Stiefel weist darauf hin, dass die JLIE nach wie vor einen Sitz im Grossen Gemeinderat hat. Auf Seite 3 des Geschäftsberichtes wurde dieser Sitz zu denjenigen der FDP gezählt.

Eintreten ist unbestritten.

Präsidialamt, Ursula Stäger:

- In Orlova wurde beinahe die gesamte Behörde bei den Wahlen erneuert. Unsere Stadt gibt verschiedene Hilfestellungen, es kommen Leute hierher um zu schauen, wie Arbeitsabläufe hier funktionieren.
- Jährlich finden Zusammenarbeitgespräche statt. Die Resultate werden ausgewertet. Ist das Resultat gut bis sehr gut, gibt es situativ einen Stufenanstieg. Die Abteilungsleitungen halten ihr ZAG mit dem Ressortvorstand und Stadtschreiber Kurt Eichenberger.
- Im Personalbereich werden 22 Austritte und 38 Eintritte verzeichnet. 9 Neueintritte gab es bei der Alterswohngruppe, es gab 6 neue Teilzeitstellen (z. B. Brunnenreinigung, Abfallwesen), teilweise wurden Stellen neu im Jobsharing vergeben.
- European: Die Resultate des Wettbewerbes haben national Beachtung gefunden und sind in der Zeitschrift Hochparterre erschienen. Den Rahmenkredit für die Stadtentwicklung hat der Grosse Gemeinderat bekanntlich gesprochen.

Hansruedi Wespi, SVP, zum Stellenplan:

Die Tendenz zeigt, dass wir in zehn Jahren 250 Stellenprozent haben werden. Wie funktioniert der Mechanismus für den Stellenplan? Wie sind die Kompetenzen? Wie sieht der Stadtrat die Entwicklung in den nächsten zehn Jahren?



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2003

Stadtpräsident Martin Graf erläutert, dass gemäss Gemeindeordnung der Stadtrat für den Stellenplan zuständig ist. Es kamen Stellen dazu für zusätzliche Angebote, welche geschaffen wurden. Das Zivilstandsamt erbringt neu Leistungen für andere Gemeinden. Falls die Stadt weiterhin Aufgaben übernehmen muss wie z.B. Zivildschutz, muss der Stellenplan natürlich erhöht werden. Ansonsten sollte keine markante Zunahme erfolgen. Eine Berechnung für die kommenden zehn Jahre liegt nicht vor.

Bauamt, Thomas Schrepfer:

- Gebiet Moosburg: Die Liegenschaft wurde umgebaut, ist fertig und nun vollständig vermietet. Der mittelalterliche Brunnen auf der Parzelle soll neu gestaltet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Momentan sieht es nach einer einfacheren Variante aus. Es könnten eventuell Beiträge aus Vereinen oder Firmen beigezogen werden.
- Quartierplan Holziberg: Man hat sich mit dem Eigentümer geeinigt, die Erschliessung des Gebietes kann nun definitiv abgeschlossen werden.
- Gestaltungsplan Bahnhof Ost: Beide überarbeiteten Projekte zeigten ein ansprechendes Resultat, wobei das Projekt „Campus“ überzeugte.

Finanzamt, Conny Ohoven:

- Darlehen und Anleihen: Fr. 5,21 Mio. wurden zurückbezahlt. Da die Kredite gestaffelt aufgenommen werden, sind auch die Fälligkeiten dementsprechend gestaffelt. Dass die Kreditzinsen von 3,6 % auf 3,7 % angestiegen sind erklärt sich, weil kurzfristige Finanzierungen niederrizinsig sind, länger laufende höherzinsig.
- Leukerbad: Betreffend die anteilmässige Haftung von Fr. 167'000.00 wird im Herbst der Entscheid vom Bundesgericht erwartet.
- Versicherungswesen, Prämienaufkommen: Die Sach- und Haftpflichtversicherungen der Stadt werden alle vier bis fünf Jahre überprüft. Es wird geschaut, ob die Versicherungen und Verträge optimal sind. Eine neue Überprüfung ist wieder an der Zeit.

Hansruedi Wespi, SVP, zur Pensionskasse:

Wie hoch ist der Deckungsgrad der beiden Versicherungen?

Stadtrat Charly Heuberger informiert, dass im Fall Leukerbad das Bundesgericht entschieden hat, dass die Gläubiger zahlen müssen. Im Versicherungswesen wird überprüft, wo wir Über- und wo Unterdeckung haben. Der Deckungsgrad der Pensionskasse BVK liegt bei 88 %. Der Chef der BVK hat kürzlich orientiert, dass sie nicht davon ausgehen, dass auf einmal allen Versicherungsnehmern ihr Geld ausbezahlt werden muss. Den Deckungsgrad der Pensionskasse VMS ist spontan nicht bekannt. Mit den Jahren wird die Stadt dort keine Versicherten mehr haben.

Gesundheitsamt, Walter Nüssli:

- Es wurden zwei neue Stellen geschaffen. Susan Reinert Rupp arbeitet zu 50 % für das Projekt Koordination Gesundheit und Alter. Rolf Spühler arbeitet zu 50 % in der Hauptsammelstelle.
- Im nächsten Geschäftsbericht sollen kurze Berichte über die Spitex und Pro Senectute enthalten sein.
- Aktionsprogramm/Vernetzungsprojekt: Der Grosse Gemeinderat bewilligte für das Projekt Fr. 70'000.00. Der Kanton hat das Vernetzungsprojekt zum zweiten Mal zurückgewiesen. Momentan ist die dritte Eingabe bereit. Die Bauern haben bis heute noch kein Geld erhalten. Das ist der Nachteil eines Pilotprojektes.

Judith Bertschi Annen, SP, zur Wasserqualität in Agasul:



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

Sitzung vom 10. Juli 2003

In Agasul ist das Wasser trüb. Was wird dagegen gemacht? Der Brunnen „Otelrain“ hat eine Tafel „Kein Trinkwasser“, weshalb?

Stadtrat Max Binder bedauert, dass es zum Aktionsprogramm noch keine kantonalen Richtlinien gibt und die Bauern bis heute kein Geld erhalten haben, da alles in die Entwicklung und Planung floss. Erst im nächsten Jahr soll das Projekt umgesetzt werden. Ein Pilotbetrieb wird dieses Jahr gemacht. In Agasul ist die Wasserversorgungsgenossenschaft privat. Wir haben keinen Einfluss, ausser wenn das Wasser gesundheitsgefährdend wäre. Es laufen Gespräche, dass die Wasserversorgung in die städtische Versorgung übernommen wird. Beim Brunnen „Otelrain“ gibt es ein mikrobielles Problem, es hat also Bakterien. Es wird alles daran gesetzt, dass das Wasser trinkbar gemacht werden kann.

Jugend- und Sportamt, Peter Stiefel:

- Die städtische Kinderkrippe soll von 30 auf 60 Plätze erweitert werden.
- Aus dem Hans-Wegmann-Fonds wurden Ausgaben für den Verein Robinson, die Ludothek, den Pflanzerverein und das Kinderhaus Ahoi getätigt.
- Für das Peacemaker-Projekt wurden pro Klasse 1 – 2 Schüler von den jeweiligen Klassen ausgewählt und ausgebildet, was sich bewährt hat.

Urs Käppeli, SVP, zur familienergänzenden und -unterstützenden Kinderbetreuung:

Wenn das Platzangebot verdoppelt wird, welche Auswirkungen hat das auf die Stellenprozente?

Stadträtin Amanda Rüegg erwidert, dass sicher die Betreuung erweitert werden muss. Der Stadtrat hat dazu noch keine Stellung genommen.

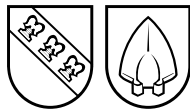
Polizeiamt, Daniel Artho:

- Personelles, Hansjörg Wehrli: Er ist im Projekt Internet als Protokollführer der Kerngruppe Internet involviert. Während der krankheitsbedingten Abwesenheit des Abteilungsleiters konnten die Geschäfte kompetent weitergeführt werden. Der Arbeitsvertrag ist auf drei Jahre befristet und läuft in Folge auf diesen Zeitpunkt ersatzlos aus.
- Fussgängerstreifen: Hans Hefti hat einen ausführlichen Antrag an das Polizeiamt geschrieben. Die Beantwortung ist in Bearbeitung. Nach den Sommerferien wird eine Begehung/Besprechung vor Ort mit den Mitunterzeichnenden erfolgen. Aufgrund einer veränderten Praxis ist die polizeiliche Zustimmung zu einer Neumarkierung nun denkbar.
- Quartieramt: Durch die reduzierten Übungskurse der Armee erfolgten in den letzten Jahren weniger Belegungen. Dieser Trend dürfte im Hinblick auf die laufende Armee reform noch zunehmen. Eine Belegung von unter einem bis fünf Tage ist aufgrund der hohen Infrastrukturaufwändungen wie Raumheizung und Reinigung und Abnahme der Anlage für die Stadt nicht interessant. Das Polizeiamt klärt intensivere Vermietungen an Private im Zusammenhang mit Sportanlässen etc. ab.

Stadtrat Fritz Ritter bemerkt, dass der Abteilungsleiter des Polizeiamtes stark im Bereich Internet engagiert ist. Die Projekte Tempo 30 und Stadtpolizei stehen an. Betreffend Fussgängerstreifen besteht eine mündliche Zusage, dass der Streifen „Nussbaum“ wieder realisiert werden kann.

Schulamt, Rainer Hugener:

- Sonderschule: Es wurde ein Projekt für die Früherfassung von Kindern, welche nicht normal eingeschult werden können und logopädische oder andere therapeutischen Massnahmen benötigen, gestartet. Im Vergleich zu Gemeinden im Zürcher Oberland sind unsere Kosten gleich hoch.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2003

- Geleitete Schule Watt: TaV läuft noch ein Jahr und kostet Fr. 65'000.00.
- Neubau Schulhaus Hagen: Der aktuelle Stand der Bauten ist unter [www.hagen-illnau.ch](http://www.hagen-illnau.ch) ersichtlich. Am 20. Juni fand die Grundsteinlegung statt.
- Kantonale Schulreform: Es ist kein Grundstufenversuch geplant (Kindergarten und 1. Klasse zusammenführen), da die finanziellen Mittel fehlen.

Sozialamt, Beat Brüngger:

- Die Entwicklung der Kosten sind enorm. Immer mehr Leute brauchen Unterstützungen. Die Entwicklung muss zu denken geben. Lösungen gegen die Kostenexplosion werden gesucht.

Urs Käppeli, SVP, zu Integro:

Weshalb wird das Projekt weitergeführt, wenn danach viele Personen eine IV-Rente beantragen?

Stadtrat Kurt Brüngger stellt auch eine enorme Steigerung fest. Als Hauptgrund sieht er die momentane wirtschaftliche Lage. Die Kürzungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengelder bewirkt, dass das Sozialamt mehr zu tragen hat. Dieses möchte die Unterstützungsrichtlinien für 18 bis 25jährige tiefer setzen. Personen in diesem Alter könnten zum Beispiel durchaus in WGs wohnen. Wer keine Arbeitslosenunterstützungen mehr erhält und auch nicht vermittelt werden konnte, kann ins Projekt Integro aufgenommen werden. Es stimmt, dass viele Personen danach IV-Leistungen erhalten und nicht mehr vermittelbar sind, zum Beispiel Drogenabhängige. Integro wird von Firmen sowie durch uns finanziert. Immerhin für diese Zeit muss nicht nur die Stadt für diese Leute aufkommen. Es ist nicht unser Ziel, die Personen der IV abzuschieben.

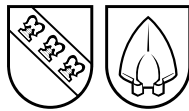
Werkamt, Ueli Müller:

- Bahnhofstrasse, Effretikon: Rund 20 Einwändungen gingen zum Projekt ein. Die Strasse wurde nun in zwei Teilstücke unterteilt: vom Signal bis zur Bruggwiesenstrasse und von der Bruggwiesenstrasse bis zur Tannstrasse. Die überarbeitete Vorlage kommt im Herbst vor den Stadtrat und Weihnachten vor den Grossen Gemeinderat.
- Aufweitung Usterstrasse, Illnau: Es ging ein Auftrag zur Erarbeitung einer Projektstudie betreffend Beruhigungsmassnahmen an ein Planungsbüro. Die Entlastungsstrasse Gutenswil/Fehraltorf wird nicht realisiert, deshalb muss man eine Beruhigung der Usterstrasse in Betracht ziehen.
- Grendelbach/Moosburg: Das Werkamt wird bei der Pflege und der Reinigung des Grendelbachs und der verschiedenen Biotope bei der Moosburg nur nach Auftrag aktiv. Die Aufräumarbeiten am Moosburg-Hügel werden durch das Werkamt getätigt. Es wurde eine Teilzeitstelle geschaffen. Die Arbeit beträgt jeden Sonntag fünf Stunden!

Christian Deuschle, SP, zur Variante „Umweg“ in Ober-Kempptal:

Im Februar wurde das Projekt beschlossen, doch bis heute geschah nichts. Wie ist der weitere Verlauf des Geschäftes?

Stadtrat Reto Lardi führt aus, dass zur Entwicklung der Usterstrasse Stellung genommen werden konnte. Im August wird das Projekt in den Stadtrat kommen. Es wird parallel mit der Bahnhofstrasse bearbeitet. Die privaten Wasserversorgungen sind auf gutem Weg. Agasul ist bereit, die Versorgung abzugeben. Ein Projekt wird ausgearbeitet. Kemleten hat zugestimmt, dass die Leitungen realisiert werden können. Horben und Mesikon wird in diesem Monat entschieden. Zum „Umweg“ in Ober-Kempptal erklärt Reto Lardi, dass die Brücke möglichst rasch abgebrochen wurde, damit keine Unfälle passieren. Das kantonale Forstamt hat noch kein Gesuch bewilligt, damit die Umgehungsvariante durch den Wald realisiert werden könnte. Die Zustimmungen der Landbesitzer sind vorhanden. Sobald die Bewilligung des Kantons vorliegt wird das Projekt



**AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL**  
Sitzung vom 10. Juli 2003

realisiert. Leider stehen bis heute keine Tafeln mit einer entsprechenden Information. Auch die Wanderweg-Wegweiser müssen noch angepasst werden.

ABSTIMMUNG

**DER GROSSE GEMEINDERAT**

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

**BESCHLIESST:**

1. Der Geschäftsbericht 2002 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat sowie die Stadtverwaltung haben ihren Auftrag erfüllt. Die umfangreiche und verantwortungsvolle Arbeit zum Wohle der Stadt Illnau-Effretikon wird bestens verdankt.
3. Gemäss § 8 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - a) den Stadtrat, zweifach,
  - b) das Präsidialamt.

\_\_\_\_\_  
Beschluss erfolgte einstimmig.

-----  
**Für getreuen Auszug aus dem Protokoll**

  
Marco Steiner  
Ratssekretär

\_\_\_\_\_  
Versandt am: 11.07.2003  
ms